

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
**Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“**

## **Kurzprotokoll**

### **23. Sitzung**

Öffentliche Sitzung

**Berlin, 28.03.2012, 17:00 Uhr**

Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus

Sitzungssaal: Saal E. 600

**Vorsitz: Ute Kumpf, MdB**

- 1 Vorstellung der Studie „Die demografische Lage der Nation. Was freiwilliges Engagement für die Regionen leistet“ durch Dr. Steffen Kröhnert (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung)
- 2 Ergebnisse des Dialogforums „Bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen: Ressourcen für Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit“ des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation
- 3 Sachstandsbericht des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz über Projekte und Vorhaben des Ministeriums im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements
- 4 Aktuelle Gesetzesvorhaben
- 5 Verschiedenes

**Anwesenheitsliste\***

**Mitglieder des Unterausschusses**

Ordentliche Mitglieder

**CDU/CSU**

Norbert Geis  
Markus Grübel  
Katharina Landgraf  
Klaus Riegert  
Dr. Peter Tauber

**SPD**

Ute Kumpf  
Gerold Reichenbach  
Sönke Rix

**FDP**

Florian Bernschneider  
Heinz Golombeck

**DIE LINKE.**

Heidrun Dittrich  
Harald Koch

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Ulrich Schneider

Stellvertretende Mitglieder

**CDU/CSU**

Christoph Poland  
Karl Schiewerling  
Johannes Selle  
Christian Freiherr von Stetten  
Dieter Stier

**SPD**

Sabine Bätzing-Lichtenthäler  
Mechthild Rawert  
Stefan Schwartze

**FDP**

Miriam Groß  
Sibylle Laurischk

**DIE LINKE.**

Diana Golze  
Jörn Wunderlich

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Britta Habelmann

---

\*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.

**Anwesenheitsliste\***

Fraktionsmitarbeiter

---

\*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.

**Anwesenheitsliste\***

Bundesregierung

Bundesrat

---

\*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.

## **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Die **stellvertretende Vorsitzende** begrüßt die Anwesenden zur öffentlichen 23. Sitzung des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“. Man beginne mit dem Tagesordnungspunkt 1, der Vorstellung der Ergebnisse und Empfehlungen der Studie „Die demografische Lage der Nation. Was freiwilliges Engagement für die Regionen leistet“. Dazu begrüße sie herzlich einen der Autoren der Studie, Herrn Dr. Steffen Kröhnert vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Anschließend werde man sich unter Tagesordnungspunkt 2 mit den Ergebnissen des Dialogforums „Bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen“ des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation befassen, die die Leiterin der Koordinierungsstelle, Frau Kathrin Kummerow, vorstellen werde. Auch Frau Kummerow heiße sie an dieser Stelle bereits herzlich willkommen. Mit dem Tagesordnungspunkt 3 setze man dann die Reihe der Sachstandsberichte der Bundesministerien zu ihren Projekten und Vorhaben zum Thema „Bürgerschaftliches Engagement“ fort. Hierzu werde Herr Unterabteilungsleiter Köhler aus dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) berichten, den sie ebenfalls herzlich begrüße. Abschließend würden dann noch die obligatorischen Tagesordnungspunkte „Aktuelle Gesetzesvorhaben“ und „Verschiedenes“ aufgerufen.

## **Tagesordnungspunkt 1**

### **Vorstellung der Studie „Die demografische Lage der Nation. Was freiwilliges Engagement für die Regionen leistet“ durch Dr. Steffen Kröhnert (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung)**

Die **stellvertretende Vorsitzende** weist darauf hin, dass das Thema „Demografischer Wandel“ neben dem Thema „Integration“ zu den Schwerpunkten des Unterausschusses in dieser Legislaturperiode zähle. Das Thema „Demografischer Wandel“ habe zwei Seiten: Zum einen ändere sich die Zusammensetzung der Bevölkerung durch die abnehmende Zahl der Jüngeren und die steigende Zahl der Älteren. Wanderungsbewegungen in den Regionen führten zudem zur Entleerung ganzer Räume, besonders in den östlichen Bundesländern, mit gravierenden Folgen auch für den Bereich des bürgerschaftlichen Engagements. Zum anderen könne eine bunter und älter werdende Gesellschaft auch eine Chance sein, den demografischen Wandel aktiv zu gestalten. In diesem Zusammenhang

sei von besonderem Interesse, welchen Beitrag bürgerschaftliches Engagement zur Lösung der Herausforderungen durch den demografischen Wandel leisten könne. Diese Frage stehe im Mittelpunkt der Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung, die Herr Dr. Kröhnert im Folgenden vorstellen werde. Seine Präsentation liege den Mitgliedern auch in schriftlicher Form vor (Anlage 1).

**Dr. Steffen Kröhnert** (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung) weist einleitend darauf hin, dass das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung eine gemeinnützige Stiftung sei, die das Ziel habe, das Wissen über demografische Veränderungen in die Öffentlichkeit zu tragen. Das Institut habe nunmehr bereits zum dritten Mal eine Studie zur demografischen Lage der Nation vorgelegt. Erstmals habe man dabei auch eine Bestandsaufnahme der demografischen Situation mit Blick auf das freiwillige Engagement in den Regionen vorgenommen. Die Studie bestehe aus zwei Teilen: Im ersten werde anhand von 20 Indikatoren die allgemeine demografische, soziale und ökonomische Entwicklung bis auf die Ebene der Landkreise hinunter untersucht. Dabei stünden z. B. Fragen der Ab- oder Zuwanderung, der wirtschaftlichen Situation und der Alterung in den unterschiedlichen Regionen im Fokus. Auf diesen Teil werde er im Folgenden nicht weiter eingehen.

Im zweiten Teil der Studie habe man die Frage analysiert, was bürgerschaftliches Engagement in den vom demografischen Wandel besonders betroffenen Regionen zur Aufrechterhaltung und Verbesserung der Lebensqualität leiste. Dafür habe man sechs ausgewählte Regionen mit besonderen Problemlagen, z. B. starke Abwanderung oder Alterung, untersucht. Dazu gehörten vier ländliche Regionen (Demmin in Vorpommern, der Kyffhäuserkreis in Thüringen, Wunsiedel in Bayern und Holzminden in Niedersachsen) und mit Ludwigshafen und Bremerhaven zwei städtische Regionen, die sich weniger mit Schrumpfungsproblemen als vielmehr mit hoher kommunaler Verschuldung und einem hohen Anteil an Sozialhilfeempfängern auseinandersetzen hätten. Man habe in den genannten Regionen jeweils Interviews sowohl mit Akteuren aus der Zivilgesellschaft als auch mit kommunalen Vertreterinnen und Vertretern geführt, um zu eruieren, was bürgerschaftliches Engagement zur Lösung der dortigen Probleme beitrage, aber auch, wo es eventuelle überfordert sei und wo Engagementhindernisse und -hemmschwellen lägen. Einzelne Befunde aus den Regionen wolle er im Folgenden skizzieren. Dabei habe er versucht, die Problemlage in den einzelnen Regionen jeweils mit einem Satz zu kennzeichnen. Für den Kyffhäuserkreis in Thüringen laute der Satz: „Im Paradies der Fördermittel hat es echtes freiwilliges Engagement nicht immer leicht“.

Der Kyffhäuserkreis im Norden Thüringens weist einen Bevölkerungsverlust von 1,4 Prozent pro Jahr auf und sei damit einer der demografisch und ökonomisch problematischsten Kreise in Deutschland. Interessanterweise sei, wenn man in diesen Kreis reise, von diesen Problemen äußerlich nur wenig zu erkennen. Die sehr schön sanierten Innenstädte strahlten zumeist in leuchtenden Farben und verfügten über breite neue Straßen, sodass man sich schon frage, wie die ermittelten schlechten Indikatorenwerte zustande gekommen seien. In den Gesprächen habe sich herausgestellt, dass Strukturschwäche nicht nur von Nachteil sein müsse. Der Landkreis qualifiziere sich durch seine schlechten Indikatorenwerte für so ziemlich jedes Förderprogramm von Bund, Land und EU und die Vertreter des Landkreises seien auch sehr versiert darin, diese Fördermittel zu akquirieren. Der Kyffhäuserkreis sei Fördergebiet des europäischen Sozialfonds und des europäischen Fonds für die Entwicklung ländlicher Räume, er sei darüber hinaus Modellregion der Bundesprojekte „Region schafft Zukunft“ und „Soziale Stadt“. Außerdem habe man zahllose projektbezogene Programme akquiriert. Dazu gehörten z. B. die Kompetenzagentur „Guter Start ins Kinderleben“, das Programm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ und das Thüringer Bildungsmodell „Neue Lernkultur in Kommunen“.

Bei den Gesprächen sei deutlich geworden, dass der Zugang zu diesen Finanzmitteln in der Regel nur Profis gelinge. Maßnahmeträger seien vor allem Wohlfahrtsverbände, die zur Umsetzung der Förderprogramme in der Regel befristete Stellen einrichteten. Oft verschwänden auch nützliche Projekte nach Auslaufen der Projektförderung einfach, da eine Weiterführung durch die Kommune aus finanziellen Gründen so gut wie ausgeschlossen sei. Darüber hinaus habe man festgestellt, dass freiwilliges Engagement vielfach mit einem gewissen Förderwirrwarr verquickt gewesen sei und dass die wenigen unentgeltlich Engagierten in den Projekten eigentlich auf der Suche nach einer bezahlten Arbeitsstelle gewesen seien. Ein Verein, den man besucht habe, betreibe dort seit einigen Jahren ein Freibad, das die Stadt habe schließen wollen, ausschließlich mit freiwillig Engagierten. Obwohl dieser Verein einen erheblichen Beitrag zur Erhöhung der Lebensqualität leiste, habe er praktisch keinen Zugang zu den vielfältigen Fördermitteln, die in den Kreis flössen. Schon 5.000 Euro jährlich würden ausreichen, damit der Verein die notwendigen Reparaturarbeiten zur dauerhaften Aufrechterhaltung des Badebetriebes vornehmen könnte. Zum Zeitpunkt des Interviews habe es jedoch große Probleme gegeben, diesen vergleichsweise kleinen Betrag aufzutreiben. Der Verein habe daher vor der Auflösung und das Freibad vor der Schließung gestanden, da für solch kleine Summen einfach kein Fördertopf vorhanden sei und den Ehrenamtlichen für die Akquirierung von Mitteln aus

komplexen Förderprogrammen schlicht die Zeit fehle. Auch Unternehmen und Stiftungen, die als Sponsoren einspringen könnten, seien dort nicht vorhanden gewesen.

Der zweite Kreis, auf den er eingehen wolle, sei Holzminden in Niedersachsen, wo die Situation ein wenig anders gelagert sei. Der Landkreis habe einen großen Teil seiner Arbeitsplätze verloren (6 Prozent zwischen 1991 und 2008) und weise einer der stärksten Abwanderungsquoten in Niedersachsen auf. Allerdings gebe es dort eine aktive Bürgergesellschaft, die auch durch mehrere mittelständische Unternehmer stark unterstützt werde. In Holzminden sei auch das erste rein stiftungsfinanzierte Freiwilligenzentrum in Deutschland gegründet worden. Es befinde sich in einem attraktiven Gebäude und habe einen hauptamtlichen Mitarbeiter, der engagementbereite Bürger und engagement-suchende Organisationen zusammengebracht habe. Das seit Anfang 2008 existierende Freiwilligenzentrum habe eine Reihe interessanter Projekte initiiert. Trotzdem sei das Freiwilligenzentrum zum Zeitpunkt des Gesprächs im Juni 2010 von der Stiftung ohne große Vorwarnung geschlossen worden, da - nach Meinung der Stiftung - die Ergebnisse den Aufwand für das Freiwilligenzentrum nicht rechtfertigten. Dies mache deutlich, dass private Stiftungen oft eher an öffentlichkeitswirksamen Projekten interessiert seien, mit denen man auch in die Presse komme. Dies sei aber in einer eher ländlich geprägten Region wie Holzminden schwierig. Aufgrund der Entscheidung der Stiftung habe die Stadt das an sich nützliche Freiwilligenzentrum verloren, was auch eine lehrreiche Episode zum freiwilligen Engagement im ländlichen Raum sei.

Die Situation im Landkreis Demmin in Vorpommern lasse sich mit der Überschrift kennzeichnen: „In scheinbar aussichtsloser Lage entsteht durch Engagement etwas wirklich Neues“. Dies sei durchaus überraschend gewesen, da der dünn besiedelte Landkreis Demmin sogar 1,7 Prozent seiner Einwohner pro Jahr verliere und zudem eine der höchsten Arbeitslosenquoten in Deutschland aufweise. Es gebe dort sehr viele, sehr kleine Orte und – im Gegensatz zum Kyffhäuserkreis – nicht das Bestreben auf kommunaler Ebene, möglichst viele Fördermittel und Projekte zu akquirieren. Viele Orte im Landkreis wirkten relativ öde, sodass man aufgrund der jährlichen Einwohnerverluste eigentlich davon ausgehen müsste, dass diese kleinen Orte zum Sterben verurteilt seien. Aber entgegen vorheriger Erwartungen habe man dort beeindruckende Beispiele für bürgerschaftliches Engagement gefunden, die sogar geeignet seien, die Entwicklung wieder ins Gegenteil zu verkehren.

So sei es in dem kleinen Ort Gessin mit seinen ca. 100 Einwohnern gelungen, den leer stehenden Mittelhof des Dorfes dank gemeinschaftlicher Aktivität zu einem Dorfgemeinschaftshaus auszubauen, das an 320 Tagen im Jahr genutzt werde. Es hätten sich Arbeitsgemeinschaften und ein Senioren-Computerkurs gebildet. Letzteres sei wichtig in einer Region, in der Bankgeschäfte praktisch nur noch online möglich seien. Auch Männer-Kochkurse würden dort angeboten, obwohl in der Region noch sehr traditionelle Geschlechterverhältnisse vorherrschten. Allerdings seien es immer öfter die Männer, die arbeitslos zu Hause säßen, während die Frauen einer Beschäftigung nachgingen. Das Dorfgemeinschaftshaus biete zudem Räume für mobile Dienstleister – z. B. Frisör, Fußpfleger, Physiotherapeut – an, die dort einmal pro Woche ihre Dienste anböten. Auf diese Weise sei es den Gessinern tatsächlich gelungen, ihr kleines Dorf mit neuem Leben zu füllen. Es gebe sogar wieder Interessenten, die zuziehen wollten, da durch dieses Engagement ein soziales Leben entstanden sei, das andere Orten der Umgebung nicht aufwiesen.

In Törpin, einem anderen Kleinstdorf, habe man eine ähnliche Entwicklung vorgefunden. Dort habe ein sehr engagierter pensionierter Zuzügler teilweise mit eigenem Geld, aber auch mit Fördermitteln ein Dorfgemeinschaftshaus aufgebaut. Der Vereinsvorsitzende habe dazu erklärt: „Die Menschen müssen in solchen Orten einfach lernen, wieder *miteinander* zu leben, denn da, wo das Miteinander nicht gelingt, will keiner mehr hin.“ Dies beschreibe aus seiner Sicht sehr zutreffend, dass die Chance für solche kleinen Dörfer in dünn besiedelten Regionen darin bestehe, das soziale Leben durch das Engagement der wenigen verbliebenen Bewohner zu bündeln.

Abschließend wolle er noch kurz auf Ludwigshafen eingehen, auch wenn die Situation dort eine ganz andere sei, da es sich um eine Stadt mit einer starken sozialen Spaltung handele. Es gebe dort zwar eine sehr finanzkräftige Industrie, aber die Menschen, die in diesen Unternehmen arbeiteten, wohnten zumeist nicht in Ludwigshafen, sondern außerhalb. In der Stadt gebe es große soziale Probleme und eine hohe kommunale Verschuldung. In Ludwigshafen versuche man, die in den Unternehmen der Stadt angestellte bürgerliche Schicht dadurch zu aktivieren, dass man Freiwilligentage veranstalte, bei denen konkrete Projekte in der Stadt durchgeführt würden. Dazu gehörten beispielsweise Aktionen wie Parkpflege oder die Renovierung von Turnhallen, die die Stadt aus eigener Kraft nicht bezahlen könne. Die Entwicklung in Ludwigshafen zeige, dass es durchaus ein großes Potenzial in der bürgerlichen Mittelschicht gebe, die

bereit sei, sich zeitlich und finanziell zu engagieren, allerdings auf eine andere Weise als im früheren Ehrenamt, nämlich eher temporär, projektbezogen und für Dinge, die man selbst für spannend halte.

Zum Schluss wolle er noch auf die bei der Bestandsaufnahme entwickelten Handlungsempfehlungen eingehen. Eine Empfehlung laute, dass in Regionen mit demografisch problematischen Entwicklungen ein neues Miteinander von Bürgern, Kommunen und Wohlfahrtsverbänden notwendig sei. Denn wer eine engagierte Bürgergesellschaft wolle, müsse auch mehr Einmischung und Mitsprache vor Ort zulassen. In manchen Regionen gebe es hierfür schon sehr positive Ansätze, z. B. in Wunsiedel im Fichtelgebirge. Dort beziehe der Bürgermeister die Vereine und Verbände bewusst in die Zukunftsgestaltung des Ortes mit ein. Etwas ganz anderes habe man beispielsweise in Bremerhaven erlebt, wo es eine Art Kleinkrieg zwischen den Engagierten aus der bürgerlichen Mitte und der Stadtverwaltung gegeben habe. Die bürgerschaftlich Engagierten warfen dort der Stadt eine Blockadehaltung vor, während die Stadt die Engagierten komplett ignoriert habe, da man sich durch deren Einmischung in den eigenen Kompetenzen bedroht fühle.

Ein weitere Empfehlung aus den Gesprächen mit Vertretern von Sozialorganisationen und Altenheimen laute, Engagement und Engagierte professionell zu managen. Denn vielfach gebe es das klassische Ehrenamt heute nicht mehr, wo Leute über Jahre bereit seien, sich kontinuierlich und ohne große Aufmerksamkeit zu engagieren. Die Organisationen sollten daher die Engagierten stärker in ihre Strukturen einbeziehen. In Bremerhaven habe man beispielsweise ein Pflegeheim besucht, wo zwar die Pflege vollständig durch professionelle Kräften erfolge, aber die psychosoziale Betreuung komplett von einem Verein getragen werde. Wichtig sei auch, den Engagierten in den Organisationen Zugangs- und Mitsprachemöglichkeiten einzuräumen, damit sie sich ernst genommen fühlten.

Eine weitere Empfehlung laute, auch unspektakuläre Projekte zu fördern. Der ländliche Raum brauche eine dauerhafte Förderung nützlicher und kreativer Projekte, die nur selten für Schlagzeilen taugten. Auch Engagementinfrastruktureinrichtungen, wie z. B. Freiwilligenzentren oder Dorfgemeinschaftshäuser, benötigten zumindest eine dauerhafte Grundfinanzierung, da sie sich nicht selbst trügen. Das Problem sei aber, dass private Stiftungen gerne öffentlichkeitswirksame Einzelaktionen förderten und die öffentliche Förderung zumeist nur zeitlich befristet erfolge. Deshalb rege man die Gründung einer

Stiftung „Ländlicher Raum“ an, um von diesen kleinen, immer nur punktuell und zeitlich befristeten Förderungen für Einzelprojekte wegzukommen. An so einer Stiftung „Ländlicher Raum“ könnten sich auch private Stiftungen beteiligen. Bei solch einer Stiftung sollten auch kleinere Gruppen von Bürgern geringere Summen für nützliche, aber sich nicht selbsttragende Projekte und Einrichtungen in einem unkomplizierten Verfahren beantragen können. Zudem sollte die Stiftung die Möglichkeit haben, auch einmal ins Risiko zu gehen und ein Projekt zu finanzieren, von dem man noch nicht genau im Voraus wisse, ob es etwas bringen werde. Sie könnte zudem auch eine Mentoringfunktion für Menschen mit Ideen haben und z. B. bei der Umsetzung von Projekten helfen oder zur Verbreitung von best practice-Beispielen beitragen.

Eine wichtige Empfehlung laute auch, das Engagement der „Generation 60plus“ zu fördern und auch zu fordern. Bei den Gesprächen sei vielfach geklagt worden, dass die Jugend nicht genügend engagiert oder zum Teil in bestimmten ländlichen Regionen schlicht nicht mehr vorhanden sei. Klar sei auch, dass Jugendliche heute unter einem wachsenden Mobilitäts- und Ausbildungsdruck stünden. Deshalb liege die Zukunft des Engagements in den ländlichen Regionen bei der „Generation 60plus“. Denn die Rentner wiesen heute zumeist höhere Bildungsabschlüsse auf, verfügten über vielfältigere berufliche Qualifikationen und hätten oft noch viele gesunde Jahre vor sich. Die Mehrheit sei auch vergleichsweise gut situiert und suche nach Möglichkeiten, um sich gesellschaftlich einzubringen. Hier liege ein großes Engagementpotenzial. Die Aktivität für das Gemeinwesen sollte auch noch viel stärker als attraktive Bürgeraufgabe in den ländlichen Regionen thematisiert werden. Heute habe man bei den Gesprächen mit Vereinen und Organisationen häufig noch das Gefühl, dass Ältere vor allem zu betreuen und zu umsorgen seien. Noch zu wenig erkannt sei, dass Ältere selbst noch einen gesellschaftlichen Beitrag leisten könnten und wollten. Deshalb sollte dies stärker zu einem öffentlichen Thema gemacht werden.

Die **stellvertretende Vorsitzende** dankt Herrn Dr. Kröhnert für seinen Bericht. Die Frageunde eröffne der Kollege Riegert.

Abg. **Klaus Riegert** (CDU/CSU) bedankt sich ebenfalls zunächst für den sehr interessanten Bericht. An einer Stelle sei ihm ein gewisser Widerspruch aufgefallen. Herr Dr. Kröhnert habe anhand von Demmin in Mecklenburg-Vorpommern sehr anschaulich dargestellt, wie Selbsthilfe funktioniere. Er habe dann aber daraus abgeleitet, Engagement und

Engagierte müssten professionell gemanagt werden. Darin sehe er einen gewissen Widerspruch, der sich für ihn teilweise dadurch wieder auflöse, dass er kein Bundesprogramm, sondern eine Stiftung „Ländlicher Raum“ gefordert habe, die andere Handlungsmöglichkeiten hätte. Denn der Bund könne aus den bekannten haushaltsrechtlichen Gründen Projekte nur zeitlich limitiert fördern. Die Erfahrungen in seinem Wahlkreis zeigten auch, dass in Orten, wo mehr Geld vorhanden sei, nicht unbedingt auch mehr Engagement stattfinde. Dies habe auch das von Herrn Dr. Kröhnert angeführte Beispiel aus dem Kyffhäuserkreis deutlich gemacht. Städte, wo die Bürger selber nach Lösungen suchten, seien oft kreativer als andere, in denen vieles von den Kommunen selber übernommen werde.

Abg. **Sönke Rix** (SPD) erklärt, auch ihm gehe es zunächst um einen scheinbaren Widerspruch. Eine wichtige Aufgabe von Engagementpolitik sei für ihn, Engagementinfrastruktur zu fördern, um bürgerschaftliches Engagement, Netzwerke und Beratung zu ermöglichen. Er hoffe, die Studie sei nicht als Plädoyer dafür zu verstehen, dass dort, wo möglichst wenig gefördert werde, das Engagement schon von ganz alleine komme. Herr Dr. Kröhnert habe sich auch dafür ausgesprochen, das Potenzial älterer Bürgerinnen und Bürger stärker zu nutzen, da sie heute nicht nur zumeist „fitter“ seien, sondern auch viele Erfahrungen einbringen könnten. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sei im ländlichen Raum aber auch das bürgerschaftliche Engagement *für* Ältere in den Bereichen „Pflege“ und „Gesundheitsversorgung“ von Interesse. Ihn interessiere, ob es hierzu auch Bereitschaft und ein entsprechend zu nutzendes Potenzial gebe.

Auch Abg. **Florian Bernschneider** (FDP) bedankt sich zunächst für den Bericht. Herr Dr. Kröhnert habe zu Recht betont, dass man bürgerschaftliches Engagement nur erwarten könne, wenn Engagierte in Kommunen auch partizipieren und Entscheidungen mittreffen könnten. Er bitte um detailliertere Ausführungen, wie so ein Modell funktionieren könne. Herr Dr. Kröhnert habe zudem darauf hingewiesen, dass Engagierte sich heute primär temporär engagierten und sich nicht dauerhaft an Vereine binden wollten. Trotzdem glaube er, dass auch ein Stück weit Verlässlichkeit notwendig sei, wenn bürgerschaftliches Engagement zur Lösung der Herausforderungen durch den demografischen Wandel beitragen solle. Der Abgeordnete erkundigt sich, wo Herr Dr. Kröhnert Ansatzpunkte im klassischen Vereinswesen sehe, die einerseits verlässliche Strukturen gewährleisten, andererseits aber auch offen für temporäres Engagement seien.

Abg. **Harald Koch** (DIE LINKE.) bedankt sich zunächst ebenfalls für die Vorstellung der Ergebnisse, die ihn allerdings an der einen oder anderen Stelle durchaus geärgert hätten, da er die Gegend gut kenne, über die Herr Dr. Kröhnert berichtet habe. Sein Wahlkreis grenze an den Kyffhäuserkreis und er sei - bis zu seiner Wahl in den Bundestag - stellvertretender Landrat im Nachbarkreis Mansfeld-Südharz gewesen. Dieser sei als Modellregion im Rahmen eines Wettbewerbes, bei dem es um die Suche nach ganzheitlichen demografischen Handlungskompetenzen gegangen sei, ausgewählt worden. Herr Dr. Kröhnert habe auch erklärt, dass man es in diesem Landkreis sehr gut verstehe, Fördermittel zu akquirieren. Allerdings sei die Frage, warum dies so sei. Wenn man sich anschaue, was z. B. über Demmin im Internet zu finden sei, stoße man auf Aussagen wie „Hauptstadt der Hartz IV-Empfänger“ oder „Hauptstadt der Arbeitslosen“. Darin unterscheide sich der Ort kaum von der Modellregion Südharz oder dem Kyffhäuserkreis. Haupthindernis für ehrenamtliches Engagement sei, dass sich Menschen zunächst einmal in der Gesellschaft aufgehoben, gebraucht und akzeptiert fühlen wollten. Wer arbeitslos sei, sei daher nur schwer dafür zu motivieren, ehrenamtlich tätig zu sein. Menschen bräuchten Perspektiven und sichere Arbeitsplätze, dann käme aus seiner Sicht auch das Engagement wieder.

Herr Dr. Kröhnert habe auch darauf hingewiesen, dass die notwendigen Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement geschaffen werden müssten. Aus seiner Sicht könne die Engagementinfrastruktur nur durch die öffentliche Hand unterhalten werden. Bürgerschaftliches Engagement benötige solche Kristallisationspunkte, da ansonsten viel ehrenamtliches Engagement verloren gehe. Die Studie trage den Titel „Die demografische Lage der Nation“. Nation sei ein definierter Begriff. Ihn interessiere daher, ob die Studie auch Mitbürgerinnen und Mitbürger berücksichtige, die nicht zur deutschen Nation zählten. Zudem erkundigt sich der Abgeordnete, was das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung mit seiner Studie erreichen wolle.

Auch Abg. **Ulrich Schneider** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) dankt Herrn Dr. Kröhnert einleitend für die Vorstellung der Studie. Er habe zunächst eine Nachfrage zum Thema „Engagementinfrastruktur“. Welchen Ausbau halte Herr Dr. Kröhnert für notwendig und nach welchen Kriterien sollte dabei vorgegangen werden? In der Studie werde einerseits die Förderung unspektakulärer Projekte gefordert, andererseits plädiere die Studie für den Ausbau der Wirkungsmessung, die aber gerade bei unspektakulären Projekten zum Teil schwierig festzustellen sei. Es werde zudem empfohlen, die Stiftung „Ländlicher

Raum“ solle vor allem unspektakuläre Projekte unterstützen, sie solle aber gegebenenfalls auch einmal ins Risiko gehen und ein nicht zwangsläufig erfolgreiches Projekt fördern. Hierin sehe er einen gewissen Widerspruch in der Argumentation. Außerdem interessiere ihn, wie man die skizzierten Hemmschwellen zwischen den Verwaltungen einerseits und engagierten Bürgerinnen und Bürgern andererseits abbauen könne.

Die **stellvertretende Vorsitzende** erklärt, sie wolle noch drei eigene Fragen anschließen. Erstens möchte sie wissen, was man sich genau unter der Stiftung „Ländlicher Raum“ vorzustellen habe. Als Sozialdemokratin höre sie die Forderung, dass die Unterstützung der Engagementinfrastruktur notwendig sei, gerne, da sie diese selber vertrete. Denn bürgerschaftliches Engagement sei nur dann nachhaltig, wenn es bestimmte Strukturen gebe und für deren Erhalt auch entsprechende Mittel zur Verfügung stünden. Die Abgeordnete erkundigt sich, ob es eventuell auch sinnvoll sein könnte, das Know-how für das Mentoring von Vereinen und Organisationen durch Patenschaften in Regionen zu transferieren, die vom demografischen Wandel bedroht seien. Zweitens interessiere sie, inwieweit bei der Untersuchung die Verschuldung der Kommunen speziell auch mit Blick auf das bürgerschaftliche Engagement eine Rolle gespielt habe. Drittens habe Herr Dr. Kröhnert auf die Beiträge der Leistungsträger in Ludwigshafen für die Entwicklung des dortige Gemeinwesens hingewiesen. Sie erkundigt sich, inwieweit auch Migranten dabei unterstützt würden, sich selber zu organisieren und zu helfen und was in dieser Hinsicht durch Stiftungen oder auch durch die Kommunen noch zu leisten sei.

**Dr. Steffen Kröhnert** (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung) weist hinsichtlich der Frage nach dem Ziel der Studie darauf hin, dass das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung das Wissen über die demografischen Veränderungen verbreitern und eine Diskussion über diese Fragen in der Öffentlichkeit anstoßen wolle. Dazu dienten auch die Handlungsvorschläge der Studie, wobei nicht jede Empfehlung schon bis ins Letzte durchdekliniert und mit einem Konzept unterfüttert sei. Dies gelte auch für die vorgeschlagene Stiftung „Ländlicher Raum“. Man habe angeregt, hierzu einen Workshop durchzuführen, um mit den relevanten Akteuren zu diskutieren, wie eine solche Stiftung juristisch auszugestalten sei, wo das Geld für ihre Ausstattung herkommen könnte und welche Förderkriterien angelegt werden sollten. Leider habe ein solcher Workshop bisher noch nicht stattgefunden.

Den angesprochenen Widerspruch zwischen den von unten kommenden und in der Praxis funktionierenden Ideen einerseits und der Forderung nach professionellem Management andererseits sehe er so nicht. Er sei auch nicht der Ansicht, dass sich dort das meiste Engagement zeige, wo möglichst wenig gefördert werde. Das sei auch in den genannten Orten nicht der Fall gewesen. Dort hätten sich unter dem Druck der Probleme kreative Leute mit Ideen zusammengetan, die dann auch kompetent genug gewesen seien, auf Fördermittel zuzugreifen. Angesichts der demografischen Entwicklung zu glauben, so etwas könne in allen Dörfern im ländlichen Raum gelingen, sei jedoch eine Illusion. Das könne nur in *den* Orten gelingen, wo kreative „Macher“ vorhanden seien. Alles was man tun könne, sei, die Zahl dieser Orte möglichst zu vergrößern. Dies sei mit dem Begriff „professionell managen“ gemeint. Es solle auch kein Programm von oben auferlegt werden, sondern die Ideen müssten schon von der Basis selbst kommen. Aber dann, wenn Ideen und Engagement da seien, könnten beispielsweise die Beratung bei Antragstellung und Umsetzung von Projekten oder auch die Mittelbereitstellung durch eine Stiftung „Ländlicher Raum“ erfolgen, um die für Demmin geschilderten Effekte zu vervielfältigen. Das heiße aber nicht, dass jedes Dorf dies schaffen könne.

Auf die Frage des Abg. Rix nach dem Nachholbedarf beim Engagement für ältere Menschen im ländlichen Raum und die Anmerkung des Abg. Koch, dass das Engagement bei sinkender Arbeitslosigkeit automatisch zunehmen werde, wolle er gemeinsam eingehen. Er sehe den Zusammenhang ein wenig differenzierter. Viele Untersuchungen zeigten, dass es in Westdeutschland mehr Kristallisationspunkte für bürgerschaftliches Engagement gebe. Dazu zählten insbesondere die Kirchengemeinden, die in Ostdeutschland deutlich weniger zahlreich seien. Zudem seien in der ehemaligen DDR viele Aufgaben vom Staat erledigt worden und viele Ostdeutsche hätten diesbezüglich auch heute noch größere Erwartungen. Untersuchungen zeigten, dass hohe Arbeitslosigkeit tatsächlich ein Hemmnisfaktor für bürgerschaftliches Engagement sei. Aber wenn diese sinke, werde nicht automatisch das Engagement zunehmen. Sowohl der geringeren Engagementbereitschaft in ostdeutschen Regionen als auch dem vielleicht noch defizitären Engagement *für* Ältere werde man – aus seiner Sicht – nur durch öffentliche Diskussion zu Leibe rücken können. Aus vielen Gesprächen wisse er, dass sich Ältere beim Thema „Engagement“ oft nicht so richtig zuständig fühlten. Es gebe zum Teil auch die Haltung, dass man viele Jahre gearbeitet habe und nun einfach seine Rente und seine Freizeit genießen wolle. Solch fehlende Motivation zum Engagement könne man nur dadurch überwinden, dass man Überzeugungsarbeit in der Öffentlichkeit dafür leiste, dass nur dort, wo Menschen

sich wieder gemeinsam um das Zusammenleben kümmern, eine Region auch wieder neue Attraktivität gewinnen könne.

Die Klage, dass sich Menschen nur noch projektbezogen engagieren wollten, sei oft zu hören. Ein Punkt sollte bei der Engagementförderung unbedingt beachtet werden, nämlich, dass man für verschiedenartige Sozial- und Siedlungsstrukturen unterschiedliche Konzepte brauche. Ein Freiwilligenzentrum funktioniere eher in einer Region oder in einer kleineren Stadt mit einer breiten bürgerlichen Mittelschicht, die selber schon Engagementideen habe und in einem Freiwilligenzentrum nach einem entsprechenden Angebot suche. In Regionen mit sozialen Brennpunkten und geringerem Bildungsniveau funktioniere so ein Ansatz dagegen eher schlecht. Hier seien mehr Vorgaben, mehr Anleitung, mehr fertige Konzepte notwendig. Deshalb sei eine Empfehlung der Studie, dass die Wohlfahrts- und Sozialverbände in solchen ländlichen Regionen stärker die Vernetzungsfunktion von Engagement übernehmen und konkrete Angebote unterbreiten sollten. Um ein längerfristiges Engagement zu erreichen, sollten Organisationen erst einmal ein Angebot über einen befristeten Zeitraum unterbreiten, aus dem sich dann möglicherweise ein dauerhaftes Engagement entwickeln könne. Von vornherein weitergehende Erwartungen zu formulieren, schrecke dagegen heutzutage viele ab.

In die Studie „Die demografischen Lage der Nation“ seien nicht nur alle Deutschen, sondern alle in Deutschland lebenden Menschen mit einbezogen worden. Die Frage der Verschuldung habe bei der Auswahl der Regionen im ländlichen Raum keine Rolle gespielt und sei auch bei den Gesprächen nicht thematisiert worden. Um die Schwelle zwischen Engagierten und Kommunen zu überbrücken, sei zunächst einmal guter Wille auf beiden Seiten notwendig. In Bremerhaven sei dieser nicht vorhanden gewesen, was dazu geführt habe, dass es keinerlei Kommunikation zwischen beiden Seiten gegeben habe. An dem Workshop zur lokalen Engagementsituation, zu dem man eingeladen habe, sei kein Kommunalvertreter aus Bremerhaven erschienen. In Wunsiedel sei dieser gute Willen dagegen vorhanden. Dort sei es selbstverständlich, engagierte Bürgerinnen und Bürger in die Ausschüsse, in Besprechungen, in regelmäßige Kontakttreffen einzubeziehen.

Die Wirkungsmessung von Engagement stehe generell noch am Anfang und es sei weder Ziel noch Inhalt der Studie gewesen, entsprechende Konzepte zu entwickeln. Risikoförderung bedeute, eine bestimmte Wirkung von einem Projekt oder einer Idee zu erwarten und dabei in Kauf zu nehmen, dass diese auch einmal nicht eintrete und eine Investition

möglicherweise auch einmal umsonst getätigt worden sei. Wirkungsmessung sei mittelfristig sicherlich sinnvoll und bei auf Dauer gestellten Projekten auch wünschenswert.

Die **stellvertretende Vorsitzende** dankt Herrn Dr. Kröhnert für sein Kommen. Man habe das Thema zwar nicht ausdiskutieren können, habe aber eine Reihe von Anregungen für die weitere Debatte bekommen.

### **Tagesordnungspunkt 2**

#### **Ergebnisse des Dialogforums „Bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen: Ressourcen für Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit“ des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation**

Die **stellvertretende Vorsitzende** erinnert zunächst daran, dass das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement das Nationale Forum für Engagement und Partizipation in den Jahren 2009 und 2010 durchgeführt habe. Ziel sei es damals gewesen, die Bundesregierung bei der Entwicklung der nationalen Engagementstrategie zu unterstützen. Die dabei erarbeiteten Vorschläge seien in der vom Bundeskabinett am 6. Oktober 2010 verabschiedeten Engagementstrategie zum Teil aufgegriffen worden, zum Teil auch nicht. Seit dem 1. März 2011 befinde sich die Koordinierungsstelle für das Nationale Forum für Engagement und Partizipation mit geändertem Auftrag in Trägerschaft des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge. Das Nationale Forum solle nunmehr die Bundesregierung bei der Weiterentwicklung der engagementpolitischen Arbeit und der Umsetzung der nationalen Engagementstrategie unterstützen. Seit Ende letzten Jahres seien insgesamt vier Dialogforen durchgeführt worden, die sich jeweils mit aktuellen Herausforderungen aus dem Bereich der Engagementpolitik befasst hätten. In der heutigen Sitzung stünden die Ergebnisse des Dialogforums zum Thema „Ländlicher Raum“ im Mittelpunkt, das am 11. November 2011 stattgefunden habe. Frau Kummerow werde die Ergebnisse und Empfehlungen, die den Mitgliedern auch schriftlich vorlägen (Anlage 2), einleitend skizzieren, ehe man in die Diskussion eintrete.

**Kathrin Kummerow** (Koordinierungsstelle für das Nationale Forum für Engagement und Partizipation) dankt zunächst für die Einladung. In der Tat befinde sich die Koordinierungsstelle seit dem 1. März 2011 beim Deutschen Verein, wobei man einen Dienstleistungsauftrag für das Ministerium erfülle. Themensetzung und Formate erfolgten in enger

Abstimmung mit dem BMFSFJ. Die Arbeit baue auf den Ergebnissen der Dialogforen des Nationalen Forums der Jahre 2009 und 2010 auf. Seit Oktober 2011 hätten vier Dialogforen mit durchschnittlich 40 bis 60 Teilnehmern aus unterschiedlichen Akteursgruppen stattgefunden. Dazu gehörten Bund, Länder, Kommunen, Wirtschaft und Stiftungen, Wissenschaft und Forschung, Dritter Sektor und Praxis. Dadurch sei es möglich gewesen, Themen von unterschiedlichen Blickwinkeln aus zu beleuchten und Antworten auf die vorgegebenen Fragestellungen zu erarbeiten. Bei den Dialogforen seien unterschiedliche Diskussionsformate wie „World Café“ oder „Gallery Walk“ zum Einsatz gekommen.

Bevor sie auf die Ergebnisse des Dialogforums „Ländlicher Raum“ eingehe, wolle sie die anderen Themen der Dialogforen wenigstens kurz benennen. Im Oktober 2011 habe das Dialogforum „Engagement lernen als Unterrichtsmethode: Schule wird Lernort für Partizipation und gesellschaftliche Verantwortung“, im Dezember 2011 das Dialogforum „Hauptamt und Ehrenamt in der Pflege“ sowie im Januar 2012 das Dialogforum „Hybride Organisationen: neue Chancen für die Engagementlandschaft?“ stattgefunden. Nach jedem Dialogforum seien die Kernaussagen der Teilnehmenden von der Koordinierungsstelle aufbereitet und an die Teilnehmenden zurückgespiegelt worden. Darüber hinaus seien die Kernaussagen an unterschiedlichen Akteursgruppen mit der Bitte um Stellungnahme weitergeleitet worden. Gleichzeitig habe es einen zeitlich begrenzten Online-Dialog auf der Informations- und Kommunikationsplattform für bürgerschaftliches Engagement [www.engagiert-in-deutschland.de](http://www.engagiert-in-deutschland.de) gegeben. Die Kernaussagen der Dialogforen, die Ergebnisse der Online-Beteiligung und die abgegebenen Stellungnahmen würden in einer Dokumentation zusammengefasst.

Das Dialogforum zum Thema „Ländliche Entwicklung“ habe sich unterschiedlichen Themenstellungen gewidmet. Die erste Frage habe gelautet, welche Beiträge und Schritte erforderlich seien, um bürgerschaftliches Engagement im ländlichen Raum weiterzuentwickeln. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer seien anfangs gebeten worden, eigene Fragen einzureichen, die dann im Dialogforum diskutiert worden seien. Bürgerschaftliches Engagement im ländlichen Raum sei in den letzten Jahren ein häufiges Thema von Tagungen, Studien und Modellprojekten gewesen. Auch seien die Ergebnisse des Dialogforums zum Thema „Infrastruktur“ aus dem Jahr 2009 sowie die Ergebnisse verschiedener Studien, zu denen auch die des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung gezählt habe, mit in die Arbeit einbezogen worden.

Am Dialogforum im November 2011 hätten 40 Vertreterinnen und Vertreter der Akteursgruppen Bund, Länder, Kommunen, Praxis, Dritter Sektor sowie Wissenschaft und Forschung teilgenommen. Schwierig sei es im Vorfeld gewesen, den ländlichen Raum als solchen zu definieren bzw. einzugrenzen, da es verschiedene Definitionen und Kategorisierungsansätze gebe. Zudem seien die Bedingungen, Problemlagen und Themen (z. B. Abwanderung, Rückbau von Versorgungsstrukturen etc.), die beim demografischen Wandel eine Rolle spielten, in den Regionen sehr unterschiedlich.

Die Veranstaltung sei durch kurze Inputreferate von ausgewählten Expertinnen und Experten der Akteursgruppen eingeleitet worden. Herr Dr. Gensicke von TNS Infratest Sozialforschung habe z. B. die relevanten Ergebnisse des Freiwilligensurvey für den ländlichen Raum vorgestellt, Frau Professor Neu habe über das Thema „Daseinsvorsorge im ländlichen Raum“ und Frau Vater über die Arbeit des sächsischen Landeskuratoriums „Ländlicher Raum“ berichtet. Außerdem sei ein bereits mehrfach ausgezeichnetes Konzept zum Thema „Bürgerschaftliches Engagement und Demografischer Wandel“ aus dem Kreis Nordfriesland vorgestellt worden. Neben der bereits genannten Fragestellung seien auch vier der im Vorfeld von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern eingereichten Fragen in den Arbeitsgruppen des Dialogforums diskutiert worden. Diese lauteten: Welche Organisationsformen sind in ländlichen Räumen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements sinnvoll? Wie können Maßnahmen der Regionalentwicklung mehr auf die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements gelenkt werden? Wie können traditionelle Formen des Engagements in ländlichen Räumen zukunftsorientiert weiterentwickelt werden? Was müssen die verschiedenen Akteure bereitstellen, damit Jugendliche Engagement aufnehmen und auch ausleben können?

Die Ergebnisse des Dialogforums seien breit gestreut. Das habe sowohl mit der Komplexität der Zuständigkeiten und Verwaltungsstrukturen als auch damit zu tun, dass die beteiligten Akteure mit unterschiedlichem Fokus auf das Thema geschaut hätten. Sie wolle im Folgenden eine kurze Zusammenfassung der Kernaussagen und Empfehlungen geben, die so strukturiert worden seien, dass sie den unterschiedlichen Akteursebenen zugeordnet werden könnten.

Die Hauptaufgabe von Bund und Ländern hätten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer darin gesehen, unter dem Leitbild des ermöglichenden Staates zur Sicherung und Weiterentwicklung von Engagementstrukturen beizutragen. Sehr viele Forderungen und

Empfehlungen hätten sich an die Kommunen gerichtet, da bei ihnen die Kompetenzen zur Entwicklung des lokalen Umfeldes lägen und zivilgesellschaftliche Prozesse dort am leichtesten umsetzbar seien. Zudem sei bürgerschaftliches Engagement auch zur Identifikation und zur Sicherung der kommunalen Lebensqualität unverzichtbar. Kommunen sollten daher Rahmenbedingungen schaffen, in denen gesellschaftliche Engagementpotenziale wirksam zum Tragen kämen. Dazu gehörten professionelle Lenkung und Steuerung ebenso wie die kontinuierliche Bereitstellung entsprechender Ressourcen und eine stärkere Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an kommunalen Entscheidungsprozessen. Wichtig sei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern darüber hinaus auch die Stärkung interkommunaler Kooperationen gewesen. Hervorgehoben worden sei auch, dass viele Menschen nach einer sinnstiftenden Tätigkeit in ihrem eigenen Umfeld suchten und dass sich gerade jüngere Engagierte eher punktuell und zeitbegrenzt für eine Sache einsetzen wollten. Auch änderten sich die bevorzugten Engagementformen und Motivationsstrukturen zunehmend. So sei für viele z. B. das Engagement in dörflichen Interessengruppen oder Bürgerinitiativen interessanter als das in Vereinen und Verbänden. Darüber hinaus seien die Chancen von regionalen Ansätzen betont und mehr Eigenverantwortung und die Übertragung von Handlungskompetenzen an die Regionen gefordert worden. Wichtig sei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern auch gewesen, das Thema „Kooperation und Vernetzung in ländlichen Räumen“ stärker herauszustellen und zu einer realistischen Einschätzung der Potenziale von bürgerschaftlichem Engagement zu gelangen, da bürgerschaftliches Engagement die Probleme des ländlichen Raumes nicht lösen, sondern hierfür nur einen kleinen Beitrag liefern könne.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer hätten auch betont, dass Unternehmen durch die Schaffung regionaler Beschäftigung maßgeblich zum Erhalt der Funktionalität der ländlichen Räume beitragen könnten. Die Stärkung eines unternehmerischen Klimas in den Dörfern sei daher zu begrüßen. Bürgerstiftungen könnten - aufgrund ihres Bezuges zur Region - ebenfalls ein wichtiges Instrument zur ländlichen Entwicklung sein. Zudem hätten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dafür plädiert, das Engagement Älterer zu fördern, um deren Zeitressourcen und Lebenserfahrung für das Gemeinwohl nutzbar zu machen. Gewarnt worden sei auch davor, sämtliche Probleme im ländlichen Raum dem demografischen Wandel zuzuschreiben, da viele auch auf Fehlentwicklungen und Standortnachteile zurückzuführen seien. Zudem müssten auch die besonderen Bedingungen in Ostdeutschland, z. B. die dort weniger ausgeprägte Infrastruktur im Bereich der Kirchen

und Wohlfahrtsverbände, berücksichtigt und entsprechende Konzepte und Modellprojekte gefördert werden.

Ein wichtige Rolle habe auch die besondere Lebenslage von Kindern und Jugendlichen in ländlichen Räumen gespielt. Jugendlichen müssten Angebote unterbreitet werden, die über traditionelle Engagementangebote in Vereinen hinausgingen. Bewährt hätten sich niedrigschwellige, projektbezogene Engagementformate, die eine Selbstwirksamkeitserfahrung ermöglichten und an deren Ende ein „Produkt“ stehe. In den Empfehlungen seien noch weitere Themen (Anerkennung und Wertschätzung, Information, Qualifizierung) angesprochen worden, auf die sie aus Zeitgründen nicht eingehen könne.

Die Publikation für das Dialogforum „Ländliche Räume“ werde voraussichtlich Mitte April als Printversion vorliegen. Sie werde zudem auf [www.engagiert-in-deutschland.de](http://www.engagiert-in-deutschland.de) und auf der Internetseite des Nationalen Forums zur Verfügung stehen. Aus dem Dialogforum seien schon mehrere Folgeaktivitäten entstanden. So sei für September 2012 eine gemeinsame Veranstaltung mit dem sächsischen Landeskuratorium „Ländliche Räume“ geplant, bei der die Empfehlungen des Dialogforums noch einmal aufgegriffen werden sollten. Darüber hinaus habe sich die Bundesregierung auf die Fahne geschrieben, das Potenzial der ländlichen Räume noch stärker zu nutzen und zu fördern. Damit wolle sie ihren kurzen Überblick beenden. Für weitere Fragen stehe sie gerne zur Verfügung.

Die **stellvertretende Vorsitzende** dankt Frau Kummerow für ihren Bericht. Die Frage- und Diskussionsrunde eröffne der Kollege Schneider.

Abg. **Ulrich Schneider** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt, auch aus eigener Erfahrung wisse er, dass sich viele Jugendliche nur zeitlich befristet engagieren wollten. Allerdings brauche man, wenn man z. B. einen Verein gründen und am Leben erhalten wolle, schon ein paar Leute, die auch ein wenig älter seien und kontinuierlicher dabei blieben. Ihn interessiere, ob es aus Sicht von Frau Kummerow Organisationsformen gebe, die für ein Engagement von Jugendlichen besonders geeignet seien.

Abg. **Klaus Riegert** (CDU/CSU) macht auf einen Zielkonflikt aufmerksam, der in den Ausführungen von Frau Kummerow aus seiner Sicht enthalten gewesen sei. Sie habe einerseits auf die Notwendigkeit von Lenkung und Steuerung hingewiesen und andererseits die Bedeutung von Kooperationen und Partnerschaften betont. Er sehe einen Wider-

spruch darin, wenn auf der einen Seite von der notwendigen engagementfördernden Infrastruktur geredet werde und auf der anderen Seite gefordert werde, dass Initiativen aus der Bürgerschaft selbst entstehen sollten. Zugleich sei vorhin die Bedeutung der Bürgermeister für die Entwicklung von bürgerschaftlichem Engagement hervorgehoben worden. Er bitte daher um ausführlichere Ausführungen zu diesem Punkt.

Abg. **Heinz Golombeck** (FDP) erklärt, ihn beschäftige vor allem die Frage, wie man junge Menschen für bürgerschaftliches Engagement gewinnen könne. Aus seiner Erfahrung gehöre bürgerschaftliches Engagement im ländlichen Bereich ein Stück weit zur Kultur. Junge Leute würden hier oft noch durch das Vorbild von Eltern und Geschwistern zum Engagement bei der Feuerwehr, in der Kirche oder im Sportverein animiert. Es mehrten sich aber auch im ländlichen Raum die Klagen von Vereinen über mangelnden Nachwuchs. Dies gelte z. B. für die Gesangsvereine an seinem Wohnort. Den jungen Leuten sei das, was dort gesungen werde, oft einfach nicht „cool“ genug, während es bei den Vereinen oft nicht genug Bereitschaft gebe, aktiv auf neue Leute zuzugehen. So könnten sie z. B. in Altenheime oder Schulen hineingehen und dort um Engagementinteressierte werben. Wenn Vereine nicht bereit seien, sich in dieser Weise zu öffnen, drohe ihnen über kurz oder lang die Auflösung.

Abg. **Sönke Rix** (SPD) fragt, inwieweit auch das ehrenamtliche kommunalpolitische Engagement im Dialogforum eine Rolle gespielt habe. Denn auch hier zeigten sich die bereits angesprochenen Nachwuchsprobleme.

Die **stellvertretende Vorsitzende** erkundigt sich, wie viele der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Dialogforums tatsächlich aus dem ländlichen Raum gekommen seien. Denn möglicherweise habe man ganz falsche Vorstellungen vom ländlichen Raum, wenn man diesen nur aus der Theorie und nicht aus persönlicher Anschauung kenne. Darüber hinaus interessiere sie, ob und inwieweit die Rolle der Kommunalvertretungen für die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements thematisiert worden sei. Denn gerade kleine Gemeinden seien darauf angewiesen, dass die Menschen aufeinander zuzingen, um ein vernünftiges Zusammenleben organisieren zu können. Zudem sollte man sich davor hüten, das, was im städtischen Milieu funktioniere, einfach auf den ländlichen Bereich zu übertragen. Außerdem fragt die Abgeordnete, ob auch das Engagement von Migrantinnen und Migranten, das gerade in ländlichen Räumen in Ostdeutschland oft noch fehle, eine Rolle im Dialogforum gespielt habe.

**Kathrin Kummerow** (Koordinierungsstelle für das Nationale Forum für Engagement und Partizipation) erklärt, dass bürgerschaftliches Engagement Chefsache sein müsse – egal ob in Kommunalpolitik, Schulen oder Wohlfahrtsverbänden. Solange sich die Leitungen von Institutionen und Organisationen nicht eine aktive Beteiligung als wesentliches Ziel auf ihre Fahne schrieben, werde man kaum bisher nicht Engagierte von der Notwendigkeit einer Beteiligung überzeugen können. Es lasse in Mittelschichtsfamilien aus ihrer Sicht nicht unbedingt die Bereitschaft und Motivation nach, sich bürgerschaftlich zu engagieren und dieses Engagement an die Kinder weiterzugeben. Woran es heute jedoch aufgrund beruflicher und schulischer Verpflichtungen in den Familien oft fehle, sei gemeinsam verbrachte Zeit. Nicht zuletzt aus diesem Grund hätten die Vertreterinnen und Vertreter des Dialogforums „Engagement lernen als Unterrichtsmethode: Schule wird Lernort für Partizipation und gesellschaftliche Verantwortung“ dafür plädiert, bürgerschaftliches Engagement in den Lehrplänen von Schulen und Hochschulen zu verankern. Denn durch eine solche Verbindung mit dem Fachunterricht könnte sichergestellt werden, dass Jugendliche früh mit bürgerschaftlichem Engagement in Berührung kämen.

Sie glaube nicht, dass es *die* Organisationsform für Jugendliche gebe. Jugendliche müssten dort abgeholt werden, wo sie sich aufhielten. Jugendliche organisierten und engagierten sich heute vielfach über das Internet, was oft noch nicht ausreichend erkannt werde. Sie setzten ihren Fokus für eine gewisse Zeit auf ein Thema und entschieden sich neu, wenn ein neuer Lebensabschnitt beginne. Auch die Internetplattform [www.engagiert-in-deutschland.de](http://www.engagiert-in-deutschland.de) mache deutlich, wie intensiv sich Jugendliche heute über das Medium Internet vernetzten und wie viel Engagement damit auch transportiert werde. Insofern sei das Internet gerade auch in ländlichen Räumen mit geringerer Infrastruktur eine gute Organisationsmöglichkeit, ohne Organisationsform zu sein.

Frau Kummerow führt weiter aus, sie sehe keinen Widerspruch darin, einerseits die Notwendigkeit von Lenkung und Steuerung und andererseits die Bedeutung von Bürgerbeteiligung und Kooperation hervorzuheben, denn die ländlichen Räume seien von ihren Voraussetzungen und Bedingungen her sehr unterschiedlich. Ein überall greifendes Modell werde nicht funktionieren. Vielmehr müsse man sich ansehen, welche Infrastruktur und welches Engagement vor Ort bereits vorhanden sei. Im Kreis Nordfriesland sei z. B. bürgerschaftliches Engagement tatsächlich Chefsache. Es gebe eine moderierende, initiiierende und motivierende Engagementbeauftragte, die die im Kreis vorhandenen Engagementpotenziale fördere. Mit gänzlich anderen Voraussetzungen und Bedingungen habe

man es zu tun, wenn in einer Kommune der Bürgermeister erst einmal von der Notwendigkeit überzeugt werden müsse, bürgerschaftliches Engagement und Bürgerbeteiligung zu fördern.

Wichtig sei es, Menschen beim Thema „Bürgerschaftliches Engagement“ dort abzuholen, wo sie seien. Die Internetplattform [www.engagierte-in-deutschland.de](http://www.engagierte-in-deutschland.de) habe daher jede Woche einen anderen Themenschwerpunkt auf ihrer Startseite. Damit wolle sie auch Interessierte motivieren, ein passendes Engagement für sich zu finden. Denn viele Ideen seien oft schon da, sie müssten aber transportiert werden und man müsse zeigen, welche Bereicherung im bürgerschaftlichen Engagement für das eigene Leben stecke.

In der Akteursgruppe „Bund und Länder“ hätten vor allem Vertreter teilgenommen, die mit dem ländlichen Raum befasst seien. Außerdem seien einige Praxisvertreter unter den Teilnehmern gewesen, z. B. vom Dorfzentrum Jülich. Das Thema „Engagement von Migrantinnen und Migranten“ sei im Dialogforum nicht eigens thematisiert worden. Auch hier gebe es sicherlich Unterschiede zwischen den Gemeinden, was die Offenheit für kulturelle Vielfalt angehe. Bei manchen stehe möglicherweise auch zunächst einmal die Lösung eigener Probleme vor Ort, wie z. B. die Einrichtung eines Dorfladens oder eines Gemeinschaftshauses, mehr im Fokus der Betrachtung als das Thema „Interkulturelle Öffnung“.

Die **stellvertretende Vorsitzende** dankt Frau Kummerow für ihren Bericht. Die in den Dialogforen zusammengetragenen Empfehlungen werde man bei den weiteren Diskussionen im Unterausschuss sicherlich mit berücksichtigen.

### **Tagesordnungspunkt 3**

#### **Sachstandsbericht des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz über Projekte und Vorhaben des Ministeriums im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements**

Die **stellvertretende Vorsitzende** erinnert daran, dass Frau Bundesministerin Aigner Obfrau der CDU/CSU-Fraktion in der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ gewesen sei. Um so gespannter sei man, was Herr Köhler über die Projekte und Vorhaben des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements berichten werde.

**Martin Köhler** (BMELV) bedankt sich zunächst für die Einladung und die Gelegenheit, die Projekte und Vorhaben des Ministeriums im Unterausschuss vorstellen zu können. Er nehme aber auch aus der Sitzung sehr viele Anregungen aus den Beiträgen der beiden Sachverständigen mit. Das Landwirtschaftsministerium habe ein existenzielles Interesse am bürgerschaftlichen Engagement. Der ländliche Raum brauche sowohl Menschen als auch Arbeitskräfte in der Landwirtschaft und in der Lebensmittelproduktion. Insofern betrachte man das bürgerschaftliche Engagement als Baustein, um die ländlichen Regionen attraktiv zu halten. Zwei Drittel der Bevölkerung lebten auf dem Land. Ziel sei es, nicht nur zu vermeiden, dass sich bestimmte Regionen weiter entvölkerten, sondern vielleicht sogar wieder einen Zuzug zu erreichen. Auch wenn nicht alle, die zuzögen, in der Landwirtschaft arbeiteten, sei und bleibe diese gleichwohl ein wesentlicher Produktions- und Einkommensfaktor in den ländlichen Regionen. Die steigenden Lebensmittelpreise gebe Bauern und auch Junglandwirten wieder eine Perspektive zur Generierung eines auskömmlichen Einkommens und mache das Leben auf dem Land wieder attraktiver.

Auch das BMELV befasse sich mit der Frage, was eine moderne Gesellschaft eigentlich zusammenhalte. Denn für den gesellschaftlichen Zusammenhalt seien die ländlichen Räume nicht weniger wichtig als die Städte. Auch hier finde man in vielfältigem Maße bürgerschaftliches Engagement – vom klassischen Ehrenamt in Schützenvereinen und Freiwilligen Feuerwehren bis hin zu Freiwilligenagenturen. Dieses bürgerschaftliche Engagement in ländlichen Räumen und Regionen bedürfe ebenso der Aufmerksamkeit wie andere Bereiche der Freiwilligentätigkeit, wobei sich das BMELV auch als Anwalt für die ländlichen Räume und für das dortige bürgerschaftliche Engagement verstehe.

Das BMELV habe an der nationalen Engagementstrategie der Bundesregierung mitgewirkt und habe auch eine Reihe von Projekten aufgelegt, bei denen bürgerschaftliches Engagement eine Rolle spiele. Dazu gehöre z. B. das inzwischen beendete Modellprojekt „Regionen aktiv“. Bekanntlich könne der Bund aus haushaltsrechtlichen Gründen keine Dauerförderung vornehmen, weshalb solche Projekte nach Auslaufen der Bundesförderung nach Möglichkeit von den Ländern übernommen werden sollten. Dies sei im Falle des Modellprojektes „Regionen aktiv“ gelungen, das zur Grundlage für ein eigenes Projekt des Landes Schleswig-Holstein geworden sei. Man hoffe, dass das neue Modellprojekt „LandZukunft“ genauso gut angenommen werde wie das Vorläuferprojekt.

Unterstützt werde vom BMELV auch die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS). Dieses Netzwerk arbeite im Rahmen des europäischen Förderprogramms für regionale Entwicklung LEADER, wobei in den Projekten und lokalen Arbeitsgruppen viel ehrenamtliches Engagement geleistet werde. Im Rahmen des Programms könnten sich nicht nur die lokalen Arbeitsgruppen innerhalb Deutschlands miteinander vernetzen und kooperieren, sondern auch Kommunen aus verschiedenen Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Dies sei ein spannender Ansatz, auch wenn er sicherlich nicht flächendeckend nutzbar sei.

Andere Aktivierungsformen des freiwilligen Engagements in ländlichen Räumen hätten inzwischen bereits eine gewisse Kontinuität. Er wolle ein Beispiel nennen. Den meisten sei wahrscheinlich der vom BMELV unterstützte Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“ bekannt, der wesentlich auf bürgerschaftlichem Engagement beruht und zu einer touristischen Attraktivitätssteigerung beigetragen habe. Dieser sei mit neuen Schwerpunkten inzwischen zum Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ weiterentwickelt worden, habe aber ebenfalls ein hohes Aktivierungspotenzial für Eigeninitiative und freiwilliges Engagement im Sinne des örtlichen Gemeinwohls und des lokalen Zugehörigkeits- und Zusammengehörigkeitsgefühls.

Ein Problem bestehe darin, dass es zwar viele Einzelberichte in den Medien, aber keinen wirklichen Gesamtüberblick und kaum wissenschaftlich messbare Erkenntnisse zum bürgerschaftlichem Engagement in ländlichen Räumen gebe. Das BMELV wolle daher eine Sonderauswertung des 3. Freiwilligensurveys unter dem Gesichtspunkt des bürgerschaftlichen Engagements in ländlichen Räumen in Auftrag geben. Durch Einbeziehung der Daten des 1. und 2. Freiwilligensurveys könnten repräsentative Aussagen über einen

Zeitraum von zehn Jahren getroffen werden. Die zudem vorliegenden Sonderauswertungen des Freiwilligensurveys in einzelnen Bundesländern erlaubten eine weitere Differenzierung und ermöglichten qualifizierte Aussagen zur Struktur, zu den Formen und zu den Motiven des bürgerschaftlichen Engagements. Auch die heute hier vorgestellte Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung und die Ergebnisse des Dialogforums „Ländliche Räume“ könnten in diese Überlegungen mit einbezogen werden.

Ein anderer Schwerpunkt des BMELV sei der Bereich Corporate Social Responsibility (CSR), bei dem es um das gesellschaftliche Engagement und die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen gehe. Dies spiele natürlich auch im ländlichen Raum eine Rolle. Das BMELV sei systematisch damit befasst, weil man mit den Unternehmen im ländlichen Raum in engem Kontakt stehe und sich für die Frage interessiere, wie und warum sich Unternehmen mehr oder weniger ehrenamtlich engagierten. Zu erwähnen sei in diesem Zusammenhang auch die CSR-Strategie der Bundesregierung, die im Oktober 2010 gemeinsam mit der nationalen Engagementstrategie beschlossen worden sei. CSR sei zwar ein eigener Bereich, der aber auch eine Dimension des bürgerschaftlichen Engagements aufweise. CSR werde von den Unternehmen bekanntlich nicht immer nur aus altruistischen Motiven betrieben. Auch Geschäftsinteressen und Werbung für das eigene Unternehmen spielten eine Rolle, was nicht unbedingt schlecht sein müsse. Es komme auf die Ausgestaltung im Einzelnen an.

Zum Bereich „CSR und Verbraucher“ gebe es Modellprojekte im BMELV. Verweisen wolle er auf ein durch die „Stiftung Jugend und Bildung“ ausgestaltetes Modellprojekt, in dem Unterrichtskonzeptionen, Arbeitsblätter, Materialien und Kurzvideos für Lehrer und Schüler erarbeitet würden, um Schülerinnen und Schüler frühzeitig auf das Thema aufmerksam zu machen und sie in die Lage zu versetzen, sich als Verbraucherinnen und Verbraucher mit CSR auseinanderzusetzen, sachgerecht zu urteilen und sich danach zu verhalten. Solche CSR-Unterrichtskonzeptionen lägen inzwischen für die allgemeinbildenden Schulen im Bereich der Sekundarstufen I und II sowie für berufsbildende Schulen vor und erfreuten sich großen Zuspruchs. Konzeption und Umsetzung des CSR-Projektes seien mit dem Comenius-Preis ausgezeichnet worden und als offizielles Projekt der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ anerkannt.

Die **stellvertretende Vorsitzende** dankt Herrn Köhler für seinen Bericht und eröffnet die Fragerunde.

Abg. **Klaus Riegert** (CDU/CSU) erklärt, er sei erfreut darüber, dass die Querschnittsaufgabe „Bürgerschaftliches Engagement“ im BMELV als Thema angekommen sei und umgesetzt werde. Das sei genau das, was notwendig und mit der nationalen Engagementstrategie auch beabsichtigt gewesen sei. Erfreulich sei auch, dass das Ministerium eine Sonderauswertung des Freiwilligensurveys mit Blick auf das bürgerschaftliche Engagement in ländlichen Räumen plane. Ergänzend wolle er auf das im Bericht von Herrn Köhler unerwähnt gebliebene, aber wichtige ehrenamtliche Engagement in berufsständischen Organisationen im ländlichen Raum, z. B. in der Kreisbauernvereinigung, bei den Landfrauen oder bei der Landjugend, hinweisen. Dieses Engagement werde ebenso wie das vorhin vom Kollegen Rix erwähnte ehrenamtliche Engagement in der Kommunalpolitik allzu oft als selbstverständlich vorausgesetzt, was es aber nicht sei. Vielmehr müsse man es pflegen und auch lobend erwähnen.

Die **stellvertretende Vorsitzende** weist darauf hin, dass eines der erfolgreichsten Magazine der jüngsten Zeit die Zeitschrift „Landlust“ sei, die auch von Städtern gelesen werde. Sie interessiere, in welcher Weise das Ministerium den von Herrn Köhler als wünschenswert erwähnten Zuzug zurück aufs Land politisch befördere. Denn gerade bei Älteren beobachte sie derzeit oft eher den gegenläufigen Trend – zurück in die Städte – wegen der besseren Infrastruktur. Was ländliche Räume immer auch ausgezeichnet habe, sei das Genossenschaftsdenken und Genossenschaftswesen und zwar nicht nur im Deutsche Bauernverband, sondern auch in der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft. Auch in anderen europäischen Ländern, z. B. in Italien, sei das Genossenschaftswesen eine wichtige Grundlage für bürgerschaftliches Engagement. Sie interessiere, inwieweit dies auch von Seiten des Ministeriums durch internationale Projekte, Kooperationen, Vernetzungen und Austauschprogramme auf europäischer Ebene befördert werden könnte. Ihre dritte Frage betreffe – Stichwort CSR – die BayWa, aber auch die Landwirtschaftsbanken. Die Banken täten zwar viel in diesem Bereich, sie spendeten in der Regel Geld für Projekte. Aber bestünde nicht eine Möglichkeit darin, von Seiten der Ministerin auf die Banken zuzugehen, um hier vielleicht noch einmal ein eigenes Programm zu entwickeln?

**Martin Köhler** (BMELV) betont, die Frage, wie man die Städter wieder aufs Land bekomme oder welche Entwicklung sich da andeute, sei in der Tat spannend. Damit befasse sich im BMELV das Referat „Ländliche Entwicklung, ländliche Räume“. Es würden auch Fördermittel vergeben, um z. B. touristische Projekte zu entwickeln oder auch stadtnahe

ländliche Erholungsräume zu gestalten. Zudem werde versucht, regionale Cluster aus Gewerbetreibenden und Forstwirtschaft zu bilden, um die Attraktivität ländlicher Räume zu erhöhen. Letztlich bleibe es die freie Entscheidung jedes Einzelnen, ob die Angebote überzeugend seien. Angesichts immer höher werdender Preise für Wohnraum in den Städten bleibe die zukünftige Entwicklung abzuwarten.

Zum Genossenschaftswesen könne er leider wenig sagen. Er werde die Anregung aber gern an die zuständigen Kollegen im Ministerium übermitteln. Zu den CSR-Aktivitäten der BayWa könne er sich leider ebenfalls nicht konkret äußern. Dass gerade auch die Volks- und Raiffeisenbanken, aber auch die Sparkassen als wichtige Gewerbetreibende vor Ort beim CSR und beim Sponsoring von Veranstaltungen aktiv seien, sei bekannt. Auch diese Anregung nehme er daher gerne mit.

Die **stellvertretende Vorsitzende** dankt Herr Köhler für sein Kommen. Er werde sicherlich auch Frau Ministerin Aigner über die Sitzung und die Erwartung des Unterausschusses informieren, dass sie einige Ideen aus der heutigen Sitzung aufgreifen werde.

#### **Tagesordnungspunkt 4**

##### **Aktuelle Gesetzesvorhaben**

Die **stellvertretende Vorsitzende** weist darauf hin, dass vor drei Wochen der Referententwurf zum Jahressteuergesetz 2013 hohe Wellen im Engagementbereich geschlagen habe, da dort in Aussicht gestellt worden sei, dass die kleinen Taschengelder im Bundesfreiwilligendienst zukünftig besteuert werden sollten. Dies sei natürlich äußerst kontraproduktiv zu dem, was man hier im Unterausschuss und in anderen Ausschüssen diskutiere. Auch wenn diese Regelung möglicherweise kaum zum Tragen kommen werde, weil das gezahlte Taschengeld in vielen Fällen zu niedrig sein werde, um zur Besteuerung herangezogen zu werden, sollte der Unterausschuss ein deutliches fraktionsübergreifendes Signal gegen diese Pläne setzen und sich dafür aussprechen, den entsprechenden Passus wieder aus dem Gesetzentwurf zu streichen. Sie gehe davon aus, dass alle Fraktionen darin übereinstimmten. Sie schlage daher vor, dass der Kollege Grübel dieses Votum des Unterausschusses dem Bundesministerium der Finanzen in einem Schreiben zur Kenntnis gebe. Sie höre keinen Widerspruch, sodass man so verfahren könne.

Abg. **Klaus Riegert** (CDU/CSU) regt an, sich zu gegebener Zeit vom Ministerium über den Sach- und Diskussionsstand zum Gesetzentwurf informieren zu lassen.

### Tagesordnungspunkt 5

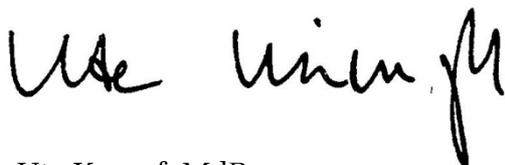
#### **Verschiedenes**

Die **stellvertretende Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Kollege Grübel vorschläge, das nächste Obleutegespräch am Mittwoch, dem 9. Mai um 17:15 Uhr durchzuführen. Themen seien die geplante Delegationsreise und die Themenplanung für das 2. Halbjahr 2012. Sie höre keine Einwände gegen den Termin seitens der Obleute, sodass die Einladung in dieser Woche noch auf schriftlichem Wege erfolgen könne.

Die nächste Sitzung des Unterausschusses finde am 25. April 2012 zur gewohnten Zeit zwischen 17:00 und 19:00 Uhr statt. Dort werde es zum einen um einen Rückblick auf das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 aus Sicht der Europäischen Kommission gehen. Hierzu werde Frau Jutta König-Georgiades vom Arbeitsstab für das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit berichten. Zudem werde das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend einen Ausblick auf die nationale Umsetzung des diesjährigen Europäischen Jahres für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen geben.

Die stellvertretende Vorsitzende wünscht allen Anwesenden einen schönen Abend und schließt die 23. Sitzung des Unterausschusses.

Ende der Sitzung um 18:55 Uhr



Ute Kumpf, MdB



Berlin-Institut  für Bevölkerung  
und Entwicklung



# Die demografische Lage der Nation

Was freiwilliges **e**ngagement für die Regionen leistet

μ – aber nur bei den niedrigen Schulabschlüssen +++ wo entsteht die neue Unterschicht? +++ Jobverluste vor allem für Männer +++ Jungen ohne Be  
litter +++ wo Männerbranchen dominieren, wandern Frauen ab +++ gering Gebildete bleiben eher partnerlos +++ prekäre Lebensverhältnisse +++

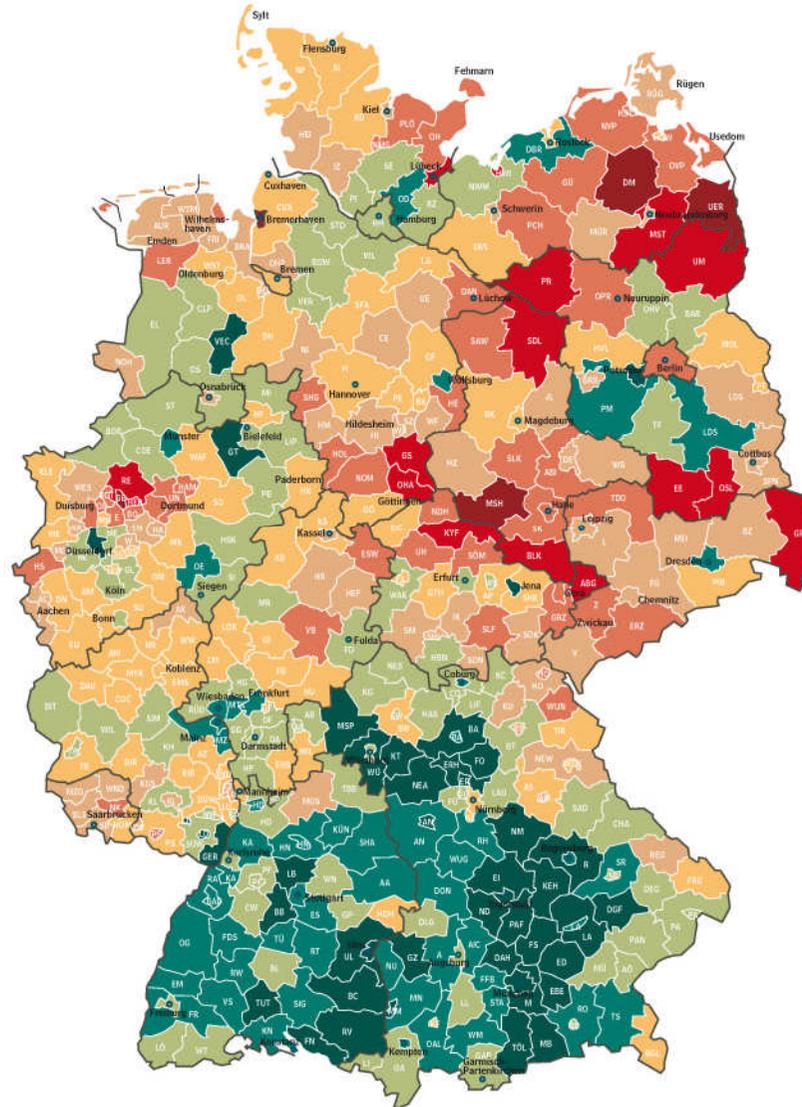
Dieses Projekt wurde  
unterstützt von



[www.generali-zukunftsfonds.de](http://www.generali-zukunftsfonds.de)

## Gesamtbewertung

- 2,58 bis 2,99
- 3,00 bis 3,24
- 3,25 bis 3,49
- 3,50 bis 3,74
- 3,75 bis 3,99
- 4,00 bis 4,24
- 4,25 bis 4,49
- 4,50 bis 4,73



# Die vier Problemlagen und ausgewählte Untersuchungsregionen

Datengrundlage: Eigene Berechnung

- Cluster 1
- Cluster 2
- Cluster 3
- Cluster 4
- Cluster 1 und 2
- Cluster 1 und 3
- Cluster 3 und 4
- Cluster 1, 2 und 3



## Was freiwilliges Engagement leistet – Befunde aus den Regionen

- **Kyffhäuserkreis (Thüringen)**

Im Paradies der Fördermittel hat es echtes freiwilliges Engagement nicht immer leicht

- **Holzminden (Niedersachsen)**

Aktive Bürgerschaft – aber Konkurrenzdenken wirkt teilweise als Sand im Getriebe

- **Demmin (Mecklenburg-Vorpommern)**

In scheinbar aussichtsloser Lage entsteht durch Engagement etwas wirklich Neues

- **Ludwigshafen (Rheinland-Pfalz)**

Engagement baut Brücken in einer sozial gespaltenen Stadt

## **Engagementförderung der Zukunft – Was tun?**

### **Neues Miteinander von Bürgern, Kommunen und Wohlfahrtsverbänden wagen**

- Wer eine aktive Bürgergesellschaft will, muss auch mehr Einmischung und Mitsprache zulassen

### **Engagement und Engagierte professionell managen**

- Engagement in die Struktur von Organisationen einbauen, ihnen Zugangs- und Mitspracherechte einräumen

### **Unspektakuläre Projekte fördern**

- der ländliche Raum braucht eine dauerhafte Förderung nützlicher und kreativer Projekte

## Engagementförderung der Zukunft – Was tun?

### **Stiftung „Ländlicher Raum“ errichten**

- niedrige Schwellen für nützliche Ideen „von unten“ statt Förderwirrwar „von oben“

### **Engagement der Generation 60plus fördern und fordern**

- Ältere bereits vor dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben als Engagierte umwerben
- Aktivität für das Gemeinwesen als attraktive Bürgeraufgabe thematisieren

Dieses Projekt wurde  
unterstützt von



[www.generali-zukunftsfonds.de](http://www.generali-zukunftsfonds.de)



# Die demografische Lage der Nation

Was freiwilliges **e**ngagement für die Regionen leistet



μ – aber nur bei den niedrigen Schulabschlüssen +++ wo entsteht die neue Unterschicht? +++ Jobverluste vor allem für Männer +++ Jungen ohne Be  
litter +++ wo Männerbranchen dominieren, wandern Frauen ab +++ gering Gebildete bleiben eher partnerlos +++ prekäre Lebensverhältnisse +++

## Kernaussagen des Dialogforums „Bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen: Ressource für Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit“ 11.11.2011

### **Frage 1: Welche Schritte & Beiträge braucht bürgerschaftliches Engagement, um Ressourcen zur Sicherung der Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit ländlicher Räume weiterzuentwickeln?**

#### **Akteur Bund /Länder**

##### ***Rahmenbedingungen***

Die politischen Akteure sollten ihre Möglichkeiten nutzen um das Image der ländlichen Räume in Deutschland zu verbessern. Das politische Verständnis von regionalen Räumen sollte auch über die Grenzen von Landkreisen und Kommunen hinausgehen. Die Gestaltung der „Daseinsvorsorge“ sollte neu durchdacht und bürgerschaftliches Engagement darin integriert werden. Wichtig ist hierbei, die Zuständigkeiten öffentlicher Träger klar zu benennen.

Regionalbudgets sollten eine stärkere Gewichtung in der Förderpraxis von Bund und Ländern erhalten. Denkbar wäre z.B. ein Modell, bei dem mindestens 5% aus den Budgets aller Förderprogramme für Fonds in ländlichen Räumen bereitgestellt werden. Amtsstrukturen sollten flexibler gestaltet und weniger „schwerfällig“ sein. Dazu gehören u.a. ein geringerer Beantragungs- und Abrechnungsaufwand für Projekte und der Abbau juristischer Hürden, die Engagement erschweren. Auch der Rückbau von Infrastrukturen sollte thematisiert werden, wenn diese in einer Region nicht mehr aufrecht zu erhalten sind.

##### ***Infrastrukturförderung***

Durch die Schaffung einer Infrastruktur für bürgerschaftliches Engagement, einschließlich der Bereitstellung rechtlicher und finanzieller Handlungsspielräume, können geeignete Rahmenbedingungen für die Zukunftsgestaltung und (Mit)Sicherung der Nahversorgung durch die Bürger/innen selbst geschaffen werden.

Für die Infrastrukturförderung sind flexible Ansätze und Regionalbudgets geeigneter als top-down Finanzierungen. Ein mögliches Modell wäre z.B. die Bereitstellung frei verfügbarer Mittel durch die Länder an die Kommunen, entsprechend dem Anteil der bürgerschaftlich Engagierten in ihrer Bevölkerung. Kommunen würden so einen Anreiz erhalten, Engagement vor Ort zu fördern und aktiv auf die Bedarfe der Engagierten zu reagieren.

Die Lebensqualität ländlicher Räume wird sowohl durch „harte“ Infrastruktur (z.B. Verkehrsanbindung, Energieversorgung, Telekommunikation), als auch „weiche“ Infrastruktur (soziale Faktoren) bestimmt. Da nur eine Kombination von beidem die Zukunftsfähigkeit sicherstellen kann, sollte beiden Formen gleichwertig Beachtung geschenkt und gesellschaftliche Ziele in den Vordergrund gestellt werden.

Das „Paket“ der Daseinsvorsorge sollte aufgeschnürt werden, um Einzelthemen (wie z.B. Winterdienst oder Wasserversorgung) auf ihre kommunale Anbindung zu überprüfen und den Bürgerinnen und Bürgern die Entscheidung zu überlassen, was sie davon kommunal geregelt wissen möchten.

##### ***Motivation & Anerkennung***

Die Bereitstellung von externen Fortbildungen und Qualifizierungen kann einen Anreiz für Engagierte darstellen und gleichzeitig der Vermittlung von Kompetenzen und der Vernetzung dienen.

Eine Anerkennungskultur sollte durch das Herausstellen guter Vorbilder und Beispiele gepflegt werden. Engagementförderung sollte verstärkt in Schulen, Universitäten und bereits in Kindergärten in die Lehrpläne und pädagogischen Konzepte integriert werden, um eine gesamtgesellschaftliche „Engagementkultur“ zu etablieren.

### **Modellprojekte**

Bundesweit gibt es bereits zahlreiche Modellprojekte zur Stärkung ländlicher Regionen. Dazu gehören z.B. das Modellprojekt „LandZukunft“ des BMELV, das „Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser“ des BMFSFJ und die „Initiative Ländliche Infrastruktur“ des BMVBS, die die Vernetzung über Gemeinde- und Landkreisgrenzen hinweg und die Beteiligung der Menschen vor Ort fördert. Ansätze aus erfolgreichen Modellprojekten sollten konzeptionell weiterentwickelt und auf andere Regionen übertragen werden.

## **Akteur Kommune**

### **Leitbild von bürgerschaftlichem Engagement**

Eine zentrale Forderung ist die nach einem neuen Leitbild von bürgerschaftlichem Engagement in den Kommunen. Denn ebenso wichtig wie eine professionelle Lenkung und Steuerung, ist ein klares Bekenntnis zu bürgerschaftlichem Engagement. Dazu sollten das Verständnis der Daseinsvorsorge und die Rolle der Kommune in diesem Zusammenhang geklärt sein. Jede Kommune kann individuell vor Ort klären, auf welche Voraussetzungen, Rahmenbedingungen und Bedürfnisse bürgerschaftliches Engagement trifft und welche konkreten Ziele für die Zukunft formuliert werden müssen. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben hierbei eine besondere Vorbildfunktion, erst wenn sie dem Engagement offen gegenüberstehen, ist eine Änderung in der Gemeinde möglich.

### **Bürgerbeteiligung**

Für die zukünftige Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen, wird eine stärkere Bürgerbeteiligung notwendig sein. Bürger/innen werden lokale Infrastrukturen (z.B. Schwimmbad, Mobilitätsdienste) zunehmend selbst gestalten müssen, und benötigen in ihren Kommunen ein Klima, das Mitsprache und Beteiligung zulässt, wertschätzt und unterstützt. Um mehr Bürgerinnen und Bürger zu aktivieren, müssen die Zugänge zu bürgerschaftlichem Engagement erleichtert werden. Kommunen sollten vermehrt dezentrale Strukturen für eine bürgernahe Ansprache schaffen. Durch z.B. die Einführung eines „Dankeschön-Tages“ oder einer Ehrenamtskarte kann eine lebendige Anerkennungskultur etabliert werden.

### **Rahmenbedingungen**

Kommunen sollten das Freiwilligenmanagement professionalisieren und ihm feste Koordinations- und Kooperationsstellen in den kommunalen Verwaltungen schaffen. Strukturen zur Förderung von bürgerschaftlichem Engagement sollten systematisch und langfristig entwickelt und unterstützt werden. Dies bedarf der Entwicklung konkreter Maßnahmen und Ziele sowie einer positiven Haltung zum bürgerschaftlichen Engagement, die in den Kommunen vorgelebt werden sollte. Für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements sollten von der Kommune entsprechende Ressourcen bereitgestellt werden:

- Kontaktpersonen für Vereine und Engagierte bereitstellen
- kommunalen Freiwilligenmanager als Ansprechpartner für Akteure/Themen vor Ort
- das bürgerschaftliche Engagement der eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fördern
- mit dezentralen und bürgernahen Ansätzen auf die Bedürfnisse der Engagierten vor Ort reagieren
- flexible Serviceleistungen (z.B. eine mobile oder telefonische Ehrenamtssprechstunde) schaffen

- pro Landkreis mindestens eine Freiwilligenagentur einrichten
- Kontinuität durch die Finanzierung hauptamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sicherstellen
- Bereitstellung von Räumen und Schaffung zentraler Treffpunkte für Engagierte
- auf vorhandene Infrastrukturen zurückgreifen
- Mobilitätsprobleme thematisieren und individuelle Strategien zur Lösung entwickeln  
(Fahrtkostenerstattungen für Engagierte, mobile Beratungen/z.B. Fördermittelberatung anbieten)

### ***Kooperation & Vernetzung***

Bürgerschaftliches Engagement funktioniert am besten, wenn alle Akteure verantwortlich eingebunden werden. Kommunen können diesen Prozess unterstützen, indem sie Plattformen zur strategischen Vernetzung schaffen. Dabei sollte auch über kommunale Grenzen hinweg gedacht, und die Vernetzung mit anderen Gemeinden und Regionen intensiviert werden.

Ein konkreter Schritt zur Förderung der Vernetzung von Kommune, Organisationen und Engagierten wäre z.B. die Initiierung von zentral gelegenen Begegnungsstätten in denen verschiedene Angebote gebündelt werden und die den Bewohnern/innen als Treffpunkt dienen. Aufgrund der geografischen Besonderheiten und Mobilitätsproblemen in ländlichen Räumen, sollte das Potenzial neuer Medien ausgeschöpft werden. Interaktive Plattformen, die von der Kommune eingerichtet und betreut werden, könnten Vereinen und Engagierten zur Vernetzung, Qualifizierung und Teilhabe dienen. Hierzu ist eine flächendeckende Bereitstellung von Breitband-Internetverbindungen unerlässlich.

## **Akteur Dritter Sektor**

### ***Rahmenbedingungen***

Um bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen zu stärken, sollten Vereine und Organisationen des Dritten Sektors auf die veränderten Bedürfnisse von Engagierten reagieren, in dem sie punktuellen, projektbezogenes Engagement ermöglichen und niedrigschwellige Angebote schaffen, die die Vielfalt der Lebensformen und Veränderungen von Familienstrukturen widerspiegeln. Dazu gehört auch eine stärkere interkulturelle Öffnung von Organisationen, um Menschen mit Migrationshintergrund den Einstieg in bürgerschaftliches Engagement zu erleichtern. Für das Zusammentreffen zwischen Trägern des Dritten Sektors und bürgerschaftlich Engagierten sollten neue Formen und Räume der Begegnung geschaffen werden.

Wichtig für ein nachhaltig gelingendes bürgerschaftliches Engagement ist Planungssicherheit durch Kontinuität bei der Personalkostenförderung<sup>1</sup> und eine Eigenmittelverantwortung der Vereine. Es sollten zudem verstärkt Informationen über Haftungsfragen, Versicherungsschutz von Engagierten, Richtlinien für Antragsverfahren etc. bereitgestellt werden.

### ***Anerkennung & Öffentlichkeitsarbeit***

Der Dritte Sektor kann zur Sensibilisierung für das Thema bürgerschaftliches Engagement in der Öffentlichkeit, der Politik und der Verwaltung beitragen. Beispiele des guten Gelingens sollten bekannt gemacht und entsprechende Konzepte für andere Organisationen und Regionen zur Verfügung gestellt werden. Um mehr Menschen für ein bürgerschaftliches Engagement zu interessieren, sollte der Nutzen und ideelle Wert von Engagement in den Fokus

---

<sup>1</sup> Die Forderung nach kontinuierlicher Personalkostenförderung wurde von den Teilnehmer/innen des Dialogforums nicht an spezifisch an eine Akteursgruppe gerichtet, fällt aber vor allem in den Zuständigkeitsbereich von Bund, Länder und Kommunen, aber auch Wohlfahrtsverbände und andere Träger.

gerückt und Mitmenschlichkeit als Motivationsfaktor hervorgehoben werden. Dem Dritten Sektor sollten Anreize für eine stärkere Einbeziehung von bürgerschaftlich Engagierten in seine Arbeit gegeben werden.

### ***Kooperation & Vernetzung***

Eine interkommunale und intrakommunale Vernetzung von Organisationen des Dritten Sektors untereinander und mit anderen beteiligten Akteuren dient dem Austausch von Erfahrungen, der Kooperation und der Übernahme von Verantwortung unter- und füreinander. Dabei ist es wichtig, Vernetzungshürden abzubauen und bereits bestehende Netzwerke zu stärken, anstatt Doppelstrukturen zu fördern. Der Dritte Sektor sollte, z.B. zur Verbesserung des eigenen Know-Hows, eine Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen der Kommunen anstreben. Ebenfalls empfohlen wird eine enge Kooperation mit Mehrgenerationenhäusern und Stellen der Seniorenvertretung und -beratung.

### ***Wissenstransfer***

Der Dritte Sektor sollte Handwerkszeuge für Beteiligungsprozesse entwickeln und bereitstellen. Ein inzwischen bewährtes Verfahren ist die „Marktplatzmethode“ der Bertelsmann Stiftung, bei der gemeinnützige Organisationen und Unternehmen zusammengebracht werden, um Kooperationen auszuhandeln. Diese Methode kann weiter verbreitet werden. Kleinere Vereine und Organisationen sollten mit konkreten Informationen zu Finanzmanagement, Rechts- und Versicherungsfragen unterstützt werden.

## **Akteur Wirtschaft & Stiftungen**

### ***Wirtschaft***

Wirtschaft trägt durch die Schaffung regionaler Beschäftigung und die Aufrechterhaltung von Versorgungsstrukturen maßgeblich zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit ländlicher Räume bei. Zudem übernehmen Unternehmen gesellschaftliche Verantwortung der unterschiedlichsten Formen.

### ***Stiftungen***

Stiftungen können die Weiterentwicklung von bürgerschaftlichem Engagement in ländlichen Räumen durch die Bereitstellung verschiedener Ressourcen unterstützen. Zu ihrem Beitrag können die Begleitung und Förderung von Forschungsprojekten zur Erhebung und Analyse von Daten sowie die Erarbeitung neuer Strategien gehören. Zusätzlich können Stiftungen durch die Vernetzung von Akteuren zur Sensibilisierung für dieses Thema beitragen. Bürgerstiftungen können als unabhängiger Akteur vor Ort agieren, Zeit, Geld und Ideen bereitstellen und ihre Vorhaben öffentlich sichtbar und "kopierbar" machen.

### ***Modellprojekte***

Stiftungen sollten Elemente von bürgerschaftlichem Engagement in möglichst alle von ihnen initiierten bzw. finanzierten Modellprojekte verankern und so eine breite Entwicklung von Partizipationsstrukturen ermöglichen. Die Initiierung von Modellprojekten sollte in Zusammenarbeit mit Kommunen und anderen Akteuren geschehen. Die Erfahrungen und Erkenntnisse sollten bundesweit bekannt gemacht werden, um auch in anderen ländlichen Regionen genutzt werden zu können.

### ***Vernetzung***

Unternehmen sollten mehr in regionale Dialoge eingebunden werden und gemeinsam mit verschiedenen Akteuren

die jeweiligen Bedarfe und Potenziale der Region herausarbeiten. Insbesondere der Einzelhandel in ländlichen Räumen könnte verstärkt in interkommunale Kooperationen treten. Erfolgreiche Beispiele hierfür gibt es bereits.

## **Akteur Wissenschaft & Forschung**

Die Wissenschaft kann die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in ländlichen Räumen durch die Durchführung von Forschungsvorhaben und die wissenschaftliche Begleitung von Modellprojekten unterstützen. Die Engagementforschung sollte dabei vermehrt kleinräumig, auf lokalen Ebenen, durchgeführt werden und Befragungen der Bevölkerung vor Ort beinhalten, um regionale Prozesse offenzulegen und gezielter fördern zu können. Mögliche Themen für die zukünftige Forschung sind:

- Was unterstützt bürgerschaftliches Engagement, was verhindert es?
- Was sind Gründe für den Ausstieg aus bürgerschaftlichem Engagement?
- Was macht erfolgreiches bürgerschaftlichen Engagements speziell in ländlichen Raum aus?

## **Frage 2: Welche Organisationsformen sind in ländlichen Räumen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements sinnvoll?**

Organisationsformen für erfolgreiches bürgerschaftliches Engagement können unterschiedlichster Natur sein, zu ihnen gehören Stiftungen, Vereine, Initiativen, Mehrgenerationenhäuser, Seniorenbüros, Genossenschaften und Freiwilligenagenturen. Wichtig ist, dass die jeweilige Organisationsform auf die lokalen Bedürfnisse angepasst und ausgerichtet ist und von Akteuren vor Ort bestimmt wird.

Strukturen und Steuerungsmechanismen, in denen sich bürgerschaftliches Engagement entwickeln soll, sollten flexibler sein und auch jenseits traditioneller Muster agieren können. Dabei könnte auch eine Weiterentwicklung der Wohlfahrtsverbände diskutiert werden.

Als eine Organisationsform mit großen Potenzialen für die Zukunft werden Bürgerstiftungen gesehen. Sie können als nachhaltige, lokale Partner und unabhängige Ko-Finanzierer auftreten. Allerdings stellt das nötige Startkapital von 50.000 Euro gerade in strukturschwachen ländlichen Räumen oft eine große Hürde dar. Der Aufbau von Investmentfonds von Banken für alternative Organisationsformen wäre eine zusätzliche Form der Unterstützung, die aus der Wirtschaft heraus kommen könnte.

Bei der Planung von Organisationsformen sollten neben der Zivilgesellschaft auch der Staat und der Markt sowie regionale Unternehmen mit einbezogen werden und eine transsektorale Vernetzung angestrebt werden.

## **Frage 3: Wie können Maßnahmen der Regionalentwicklung mehr auf die Stärkung des Bürgerengagements gelenkt werden?**

Bürgerschaftliches Engagement sollte als Aufgabe der Regionalentwicklung verankert und in Kooperation aller beteiligten Akteure/Fachbereiche realisiert werden. Dafür müssen Strukturen neu definiert und die Frage „was braucht der Bürger?“ in den Mittelpunkt gestellt werden. Regionale Entwicklungsprozesse sollten für Bürgerinnen und Bürger transparent gestaltet und Regularien reduziert werden. Zudem wird die Anpassung rechtlicher Rahmenbedingungen gefordert. So sollten z.B. bestimmte Formen der Beteiligung und Mitspracherechte der Bürgerinnen und Bürger gesetzlich verankert werden.

Es bedarf eines breiten Sensibilisierungsprozesses für Themen des bürgerschaftlichen Engagements. Hier könnte eine gezielte und strukturierte Öffentlichkeitsarbeit den gesellschaftlichen Nutzen von Engagement deutlich machen und erfolgreiche Modelle bekannt machen. Themen des bürgerschaftlichen Engagements und Methoden der Weiterentwicklung und "Vermarktung" sollten in die Ausbildung von Regionalmanagern integriert werden.

Es sollten verstärkt regionale Fonds eingerichtet werden und bei der Vergabe von Fördermitteln Akteure aus der Region berücksichtigt werden. Das Konzept der Bürgerhaushalte, die an das Votum der Bürgerinnen und Bürger gebunden sind sollte weiter verbreitet werden. Die Aufgabe der Regionalentwicklung sollte nicht nur auf die Finanzierung von Projekten beschränkt werden, sondern auch Projektentwicklung, -umsetzung, -begleitung und -evaluation beinhalten.

Kommunen können eine erfolgreiche Regionalentwicklung unterstützen, indem sie Verwaltungsstrukturen vereinfachen und beschleunigen und das Vertrauensverhältnis zwischen Verwaltung und Bürgerinnen und Bürger stärken.

#### **Frage 4: Wie können traditionelle Formen des Engagements in ländlichen Räumen zukunftsorientiert weiterentwickelt werden?**

Neue Engagementformen sind auch in ländlichen Räumen präsent, bedürfen aber weiterer Maßnahmen und Förderungen, um sie nachhaltig zu gestalten. Die Initiatoren neuer, oft sehr kleiner Projekte benötigen externe, professionelle Unterstützung und Beratung. Erfolgreiche Modelle sollten öffentlich gemacht werden und best-practice-Methoden für andere Projekte zur Verfügung gestellt werden. Die Weiterentwicklung von Engagementformen im ländlichen Raum sollte daher in Kooperation aller beteiligten Akteure stattfinden. Interkommunale aber auch bundesweite Netzwerke können hier zur gegenseitigen Unterstützung und Austausch dienen.

Um der bestehenden Konkurrenz zwischen Vereinen und Projekten entgegenzuwirken, wäre eine Bereitstellung weiterer Drittmittel und Ressourcen wünschenswert. Die Förderung durch die „Integrierte Ländliche Entwicklung“ (ILE) sollte regional abgestimmt werden anstatt kleinteilig.

Die Forschung sollte die Entwicklung zukunftsorientierter Engagementformen durch die Schaffung einer breiten Datenlage und wissenschaftlicher Evaluation von Projekten unterstützen.

#### **Frage 5: Was müssen die verschiedenen Akteure bereitstellen, damit Jugendliche Engagement aufnehmen und ausleben?**

Für die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement von Jugendlichen sollten kreative und experimentelle Ansätze entwickelt werden. Vor Ort sollten gemeinsam mit Jugendlichen individuelle Bedarfe identifiziert werden, um Angebote zu schaffen, die über traditionelle Engagementangebote in Vereinen hinausgehen. Bewährt haben sich niedrigschwellige, projektbezogene Engagementformate an deren Ende ein „Produkt“ entsteht, und die Jugendlichen eine Selbstwirksamkeitserfahrung ermöglichen.

Jugendprojekte können oft schon von kleinen Förderungen (z.B. Räume, Arbeitsmaterialien etc.) profitieren. In den Kommunen sollten Kooperationen zwischen Schule, Organisationen des Dritten Sektors, Unternehmen und Jugendprojekten diskutiert und Ressourcen gemeinsam genutzt werden. Speziell für Jugendliche in ländlichen

Räumen stellt Mobilität häufig eine Barriere zum bürgerschaftlichen Engagement dar. Mobilitätsprobleme sollten thematisiert und andere Zugänge (z.B. Internetbeteiligung) angeboten werden. Modelle sollten dezentral ausgerichtet sein, und die Jugendlichen „dort abholen wo sie sind“.

Jugendliche sollten Anerkennung für ihr Engagement erfahren. Dies sollte in unterschiedlichen Rahmen stattfinden. Denkbar wären z.B.: Vergünstigung regionaler Freizeitangebote (ähnlich der Ehrenamtskarte in Niedersachsen) oder die Anerkennungsbekundung während offizieller Veranstaltungen zu denen Jugendliche geladen werden. Ein besonderer Motivationsanreiz für Jugendliche ist, wenn sie selbst Verantwortung für Projekte übernehmen können.

Freiwilligendienste wie das Freiwillige Soziale Jahr, das Freiwillige Ökologische Jahr und der Bundesfreiwilligendienst sollten bei Jugendlichen noch stärker als Option für eine Auszeit nach Beendigung der Schule bekannt gemacht werden. Gleichzeitig sollten niedrigschwellige Formen von Freiwilligendiensten geschaffen werden, um auch Jugendliche zu erreichen, die sich von den herkömmlichen Diensten nicht angesprochen fühlen. Arbeitsmarkt- und Engagementpolitik sollten dabei zusammenarbeiten und Konkurrenzen zwischen den beiden Bereichen aufgehoben werden.